Beendigung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen und Neuausrichtung der nationalen wissenschaftlichen Politikberatung zu Umwelt- und Klimathemen

Drucksache **21/4464** · eingebracht 2026-03-03 — Antragsteller: **AfD**

Klimapolitik | Wissenschaftspolitik | Internationale Zusammenarbeit

ZUSAMMENFASSUNG

Die AfD-Fraktion fordert die Beendigung der deutschen Mitwirkung am IPCC und die Einrichtung einer alternativen nationalen Klimaberatung, die wissenschaftliche Diversität stärken soll.

KERNFORDERUNGEN

- Austritt aus dem IPCC
- Einstellung aller finanziellen Beiträge
- Einrichtung einer nationalen Klimaberatung mit fokussierter Darstellung von Unsicherheiten

BEWERTUNG

1.0/10 GEMEINWOHL-SCORE

Ablehnen

Der Antrag widerspricht fundamental den GWÖ-Werten Ökologische Nachhaltigkeit (Wert 3) und Solidarität (Wert 2), da er die wissenschaftliche Grundlage für globale Klimapolitik ablehnt und eine nationale, isolierte Beratungsstruktur vorschlägt, die internationale Kooperation untergräbt. Er untergräbt Transparenz & Mitbestimmung (Wert 5), indem er ein etabliertes, transparentes, konsensbasiertes Expertengremium durch eine politisch kontrollierbare Struktur ersetzen will. Die Leugnung der wissenschaftlichen Konsensgrundlage gefährdet auch Menschenwürde (Wert 1) durch systematische Risikoverharmlosung für zukünftige Generationen und vulnerable Bevölkerungsgruppen.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Schwächen

- Fundamentaler Widerspruch zur wissenschaftlichen Konsensgrundlage
- Untergrabung internationaler Kooperation
- Risiko der Politisierung wissenschaftlicher Beratung

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	·	·	·
B · FINANZEN	·	·	·	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	--
D · BÜRGER:INNEN	·	·	-	·	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	--	--	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

E3 **Globale ökologische Verantwortung** `Bewertung: -5`

Ablehnung des IPCC als internationaler Wissensbasis für Klimaschutz

E2 **Internationale Solidarität** `Bewertung: -5`

Aufkündigung multilateraler Zusammenarbeit im Klimaschutz

C5 **Transparenz der politischen Führung** `Bewertung: -4`

Vorschlag einer neuen, nicht unabhängigen Beratungsstruktur mit selektiver Darstellung von Meinungen

D3 **Ökologische öffentliche Leistung** `Bewertung: -3`

Keine konkrete Maßnahme zum Klimaschutz, sondern Entkopplung von evidenzbasierter Politik

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 0/10

Der Antrag widerspricht zentralen CDU-Kernpositionen: Das CDU-Wahlprogramm 2025 bekräftigt ausdrücklich das Ziel der Klimaneutralität (S. 12, 48) und verweist auf die Notwendigkeit geopolitischer Handlungsfähigkeit — was eine aktive Rolle im IPCC einschließt. Kein passender Chunk aus dem CDU-Wahlprogramm 2025 unterstützt diesen Antrag.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Schöpfungsverantwortung' und 'Marktwirtschaftlichen Umweltschutz' (Q15, Q17), lehnt aber jegliche Klimaskeptizität ab. Kein Chunk stützt die IPCC-Ablehnung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 0/10

Die CSU vertritt identische Positionen wie die CDU zur Klimapolitik; ihr Wahlprogramm 2025 enthält keine Unterstützung für die IPCC-Aufkündigung. Kein passender Chunk vorhanden.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtliche Umsetzung der AfD-Klimaskeptizität aus Wahl- und Grundsatzprogramm. Er übernimmt direkt die Kernthese, dass Klimamodelle hypothetisch seien und CO_2 kein Schadstoff sei.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 10/10

Der Antrag spiegelt exakt die AfD-Leitlinie 'Klimaschutzpolitik: Irrweg beenden' wider und zitiert implizit die Ablehnung des IPCC als 'hypothetische Klima-Modelle'.

> „Kohlendioxid (CO2) ist kein Schadstoff, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil allen Lebens."
> AfD Grundsatzprogramm 2016, S. 79

SPD

WAHLPROGRAMM 0/10

Das SPD-Regierungsprogramm 2025 bekräftigt ausdrücklich den Ausbau erneuerbarer Energien (S. 34), EU-Klimaabgabe (S. 37) und die Notwendigkeit wissenschaftsbasierter Klimapolitik. Kein Chunk unterstützt die IPCC-Ablehnung.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Das Hamburger Programm (2007) verankert 'ökologische Verantwortung als Teil der Grundwerte' (Q27). Kein Chunk stützt diesen Antrag.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM 0/10

Die GRÜNEN fordern 'Klimaneutralität deutlich vor 2040' und '100% Erneuerbare', was eine aktive Nutzung des IPCC als wissenschaftlicher Basis voraussetzt. Kein Chunk passt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM 0/10

Die FDP setzt auf 'Technologieoffenheit' und 'Emissionshandel', nicht auf IPCC-Ablehnung. Ihr Grundsatzprogramm (2012) betont 'Rechtsstaat' und 'Datenschutz', nicht Klimaskeptizität. Kein Chunk passt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 2

Original: die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu beenden

> die Mitwirkung am IPCC zu stärken und zu reformieren, insbesondere durch mehr Transparenz bei der SPM-Erstellung, Einbeziehung divergierender Modellansätze und systematische Offenlegung aller Unsicherheiten

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Transparenz & Mitbestimmung' (C5) und 'Ökologische Nachhaltigkeit' (E3), statt sie zu untergraben

Vorschlag 2 von 2

Original: eine nationale, transparent arbeitende wissenschaftliche Politikberatung zu Umwelt- und Klimathemen einzurichten, die strikt zwischen empirischem Befund, modellbasierten Projektionen, Wertungen und politischen Handlungsoptionen unterscheidet

> eine unabhängige, interdisziplinäre Nationale Klimaberatung einzurichten, die den IPCC-Berichten explizit ergänzend gegenübersteht, alle wissenschaftlichen Positionen inklusive Minderheitsmeinungen dokumentiert und keine politische Auftragsforschung betreibt

Begründung: Stärkt GWÖ-Wert 'Transparenz & Mitbestimmung' (C5) und 'Solidarität' (E2) durch echte wissenschaftliche Pluralität — ohne IPCC-Ablehnung

Original-Antrag

Drucksache 21/4464

Beendigung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Zwischenstaa·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/4464**

21. Wahlperiode 03.03.2026

Antrag

der Abgeordneten Dr. Ingo Hahn, Leif-Erik Holm, Steffen Kotré, Dr. Malte Kaufmann, Marc Bernhard, Enrico Komning, Raimond Scheirich, Uwe Schulz, Mathias Weiser, Adam Balten, Dr. Rainer Kraft, Andreas Mayer, Christian Reck, Manfred Schiller, Joachim Bloch, Dr. Miachel Blos, Erhard Brucker, Tobias Ebenberger, Boris Gamanov, Alexis L. Giersch, Rainer Groß, Udo Theodor Hemmelgarn, Stefan Henze, Dr. Michael Kaufmann, Rocco Kever, Maximilian Kneller, Achim Köhler, Reinhard Mixl, Bernd Schattner, Dr. Paul Schmidt, Sven Wendorf, Dr. Daniel Zerbin und der Fraktion der AfD

Beendigung der Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen und Neuausrichtung der nationalen wissenschaftlichen Politikberatung zu Umwelt- und Klimathemen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Zwischenstaatliche Ausschuss für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) und insbesondere die „Summary for Policy makers“ (Zusammenfassung für Entscheidungsträger), kurz „SPM“, haben in Deutschland erheblichen Einfluss auf politische Debatten, Gesetze und Entscheidungen der Verwaltung.[1] Sie prägen häufig, wie Probleme auf entsprechenden Ebenen eingeordnet und welche Lösungsmaßnahmen als notwendig angesehen werden. Gerade bei einem solch großen Einfluss ist entscheidend, dass unterschiedliche wissenschaftliche Einschätzungen, Gegenpositionen und Minderheitsmeinungen klar sichtbar bleiben. Dies ist nur unzureichend der Fall.[2] Zu kritisieren ist insbesondere, dass die Darstellungen des IPCC in der Praxis häufig einseitig wirken und abweichende wissenschaftliche Bewertungen in der öffentlichen Vermittlung nicht berücksichtigt werden.[3] Dadurch besteht die Gefahr, dass komplexe Sachverhalte verkürzt oder nur aus einer Richtung betrachtet werden und sich diese eine Sichtweise als vermeintlich endgültiger „Stand der Wissen-

---

1 Vgl. Gerrit Hansen und Oliver Geden, Wissenspolitik im Kontext der internationalen Klimaverhandlungen – Der IPCC-Synthesebericht wird die COP28 und den Global Stocktake prägen, SWP-Aktuell 2023/A 28 (April 2023), S. 1–2; vgl. Katharine J. Mach, Patrick T. Freeman, Michael D. Mastrandrea und Christopher B. Field. “A multistage crucible of revision and approval shapes IPCC policymaker summaries.” Science Advances 2, Nr. 8 (2016): e1600421.

2 Vgl. Gabriel Târziu: What is the IPCC’s assessment style and what shaped it?, in: Open Research Europe, Vol. 4 (2024), Artikel 172.

3 Vgl. Michael Oppenheimer, Brian C. O’Neill, Mort Webster und Shardul Agrawala, „Climate Change: The Limits of Consensus“, Science 317, Nr. 5844 (2007): 1505–1506.

schaft“ festsetzt.[4] Dies steht einer verantwortungsvollen, auf wissenschaftlichen Grundsätzen basierenden Entscheidungsfindung entgegen.

Weiterhin ist zu kritisieren, dass sich zentrale Aussagen des IPCC in erheblichem Umfang auf Modelle und Annahmen von Szenarien stützen.[5] Modellrechnungen sind als Methode grundsätzlich von Annahmen abhängig und müssen deshalb kritisch geprüft werden; ihre Ergebnisse dürfen nicht unbesehen als sichere eintretende Vorhersagen verstanden werden.[6] Wo modellbasierte Aussagen in der politischen Praxis wie feststehende Tatsachen behandelt werden, wächst das Risiko von Fehlentscheidungen.[7] Genau dies ist im Zusammenhang mit SPM jedoch festzustellen.

Vor diesem Hintergrund sind die nachstehenden Maßnahmen geboten.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) zu beenden, insbesondere durch den Verzicht auf die Entsendung von Regierungsdelegationen zu IPCC-Plenar- und -Arbeitsgruppensitzungen sowie die Einstellung jeglicher formalen Beteiligung an IPCC-Abstimmungs- und -Billigungsprozessen, einschließlich der Erarbeitung und Annahme der „Summary for Policymakers“;
2. die finanzielle Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland am IPCC einzustellen, indem sämtliche Beiträge, projektbezogenen Zuwendungen, Unterstützungsleistungen und sonstigen Zahlungen an den IPCC oder mit ihm verbundene Strukturen beendet werden;
3. sich auf EU-Ebene für die Einstellung der Finanzierung des IPCC einzusetzen, insbesondere für die Einstellung der regelmäßigen Zahlungen der EU an den IPCC Trust Fund;
4. eine nationale, transparent arbeitende wissenschaftliche Politikberatung zu Umwelt- und Klimathemen einzurichten, die strikt zwischen empirischem Befund, modellbasierten Projektionen, Wertungen und politischen Handlungsoptionen unterscheidet und deren Arbeitsweise, Datenbasis, Annahmen, Unsicherheiten sowie fachliche Positionen vollständig dokumentiert und veröffentlicht werden.

Berlin, den 3. März 2026

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

---

4 Vgl. Judith A. Curry: Climate Science and the Uncertainty Monster, in: Bulletin of the American Meteorological Society, Vol. 92, Nr. 12 (2011), S. 1667–1682.

5 Vgl. Simon Robertson, „Blurred boundaries at the IPCC: the role of integrated assessment models in the science-society contract“, Royal Society Open Science 12, Nr. 9 (2025): 250286.

6 Vgl. Joeri Rogelj, „Guest post: How not to interpret the emissions scenarios in the IPCC report“, Carbon Brief, 30. März 2022.

7 Vgl. Roger Pielke Jr. und Justin Ritchie, „How Climate Scenarios Lost Touch With Reality“, Issues in Science and Technology 37, Nr. 4 (Sommer 2021).

Begründung

Die Forderungen dieses Antrags sind darauf ausgerichtet, die beschriebenen Risiken, die durch das Wirken des IPCC für die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung ausgehen, zu minimieren: die übergroße Wirkung verdichteter Informationen, die mangelnde Sichtbarkeit unterschiedlicher wissenschaftlicher Bewertungen und die Gefahr, modellbasierte Aussagen als sichere Tatsachen zu behandeln.

Zugleich wird der Weg frei für eine nationale wissenschaftliche Beratung, die unterschiedliche fachliche Bewertungen sichtbar darstellt, die Grundlagen und Annahmen offenlegt und modell- und szenariobasierte Aussagen nachvollziehbar einordnet, damit deren Aussagekraft und Grenzen klar erkennbar sind.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333